

Die Linke und die 'Nationale Frage'

Die Arbeiterklasse war in Sri Lanka seit jeher ethnisch gemischt. Jedoch hat es in den traditionellen Linksparteien nie eine ernsthafte theoretische Debatte über die sogenannte 'nationale Frage' gegeben, die von Marxisten als die 'Gesamtheit von politischen, ideologischen, ökonomischen und rechtlichen Beziehungen zwischen nationalen Gemeinschaften' bezeichnet wird. Die Autorin des folgenden Beitrags, Kumari Jayewardene, beleuchtet die Position der Linken in Sri Lanka in Bezug auf die 'nationale Frage'. Der Beitrag wurde übersetzt von Britta Jünemann.



Von 1935 an, dem Gründungsjahr der ersten linken Partei in Sri Lanka - der Lanka Sama Samaja Party (LSSP), bis heute, ist die Diskussion über die 'nationale Frage' immer von Widersprüchen gekennzeichnet gewesen. Alle marxistischen Parteien, die in dieser Zeit entstanden, die LSSP, die 1943 gegründete 'Communist Party' (CP), sowie die zahlreichen Splittergruppierungen haben die leninistische Interpretation der nationalen Frage übernommen - zumindest auf der zentralen Ebene. Diese betont das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung und Sezession und verweist gleichzeitig auf die Wichtigkeit des Internationalismus. Die CP übernahm zusätzlich Stalins Definition einer Nation (aus dessen Buch: 'Marxismus und die Nationale Frage')

als einer 'Historisch entstandenen, stabilen Gemeinschaft auf der Grundlage von Sprache, Territorium, ökonomischen Beziehungen und psychologischem Überbau, die sich in der kulturellen Gemeinschaft manifestiert'. Es gab allerdings weder innerhalb der linken Parteien noch von Seiten radikaler Intellektueller eine Debatte oder Diskussion darüber, ob die Tamilen und die Moslems in Sri Lanka eigenständige Nationen darstellten.

Parteiprogramm der LSSP

Das Parteiprogramm der LSSP, das auf der Gründungsversammlung verabschiedet wurde, nahm an keiner Stelle Bezug auf eine 'nationale Frage'. Immerhin wurde die Forderung erhoben, Sinhalesisch und Tamil

an Stelle von Englisch an den unteren Gerichten, in den Polizeistationen und im Regierungsdienst zu verwenden; allerdings sah man hierin lediglich eine demokratische Notwendigkeit, die Forderung war nicht Teil einer allgemeinen Politik inter-ethnischer Beziehungen. Es gibt auch keine oder nur wenige Belege für eine kontinuierliche Diskussion der 'nationalen Frage'. Da Analysen auf der Basis der konkreten Situation in Sri Lanka fehlen, muß angenommen werden, daß die Aufnahme und Wiederholung leninistischer bzw. stalinistischer Nationalismustheorien pure Routine waren.

Diese Sichtweise wird bestätigt durch die reale Politik und die Strategien, die von der Linken im Hinblick auf die Probleme verfolgt wurden, die sich aus der ethnischen Vielfalt Sri Lankas ergaben. Die Tendenz ging eher dahin, sich auf solche Fragen zu konzentrieren, die sich auf die Bedürfnisse von 'Minderheiten' als Objekte von Diskriminierungsprozessen bezogen. Jedes Problem wurde dabei im Sinne pragmatischer Politik isoliert behandelt, ohne den Problemzusammenhang in den Blick zu nehmen. Daher war jede Antwort von den praktischen politischen Notwendigkeiten der jeweiligen Zeit geprägt; im Sinne parlamentarischer Politik bedeutete dies zumeist die Verfolgung von politischen Strategien, die eine positive Reaktion der 'Massen' erwarten ließen, d.h. der sinhalaischen Mehrheit.

Es ist natürlich richtig, daß auch die bürgerlichen tamilischen Führer jener Zeit ihre Beschwerden in einem Zusammenhang mit 'Minderheitenrechten' vorbrachten, und daß sich eine eigenständige tamilische nationale Identität erst zu entwickeln begann. In diesem Kontext ist es vielleicht verständlich, daß auch die Linke die Probleme in derselben Weise betrachtete. Es muß dennoch betont werden, daß eine ernsthafte Analyse dieser Fragen ihre wechselseitige Beziehung und ihre Verwurzelung in den Rechten der Tamilen als einer eigenständigen und separaten ethnischen Gruppe gezeigt hätte.

Der Ausbruch tamilischer Militanz in den späten 1970er Jahren und die Forderung nach einem separaten Staat hat die Linke von neuem gezwungen, sich mit der 'nationalen Frage' auseinanderzusetzen. Auf der einen Seite war da die stillschweigende aber nicht diskutierte Formel vom Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, die das Recht auf Sezession mit einschloß, auf der anderen Seite brachte die Neigung, sich eng an Mehrheitsforderungen zu klammern, die Linke dann in Argumentationszwang, warum nämlich beispielsweise das Recht auf Selbstbestimmung nur in der Form regionaler Autonomie innerhalb eines vereinigten Sri Lankas zu verwirklichen sei. Wieder einmal neigte man dazu, die Probleme zu isolieren, ähnlich wie bei Besiedelungsproblemen, Fragen von Recht und Ordnung oder jeder anderen Frage. Das grundsätzliche Problem jedoch - die politischen und ökonomischen Rechte einer ethnischen Gruppe - ist in

seiner Gesamtheit nicht erfaßt worden.

Die Einleitung hat wohl schon gezeigt, daß es schwierig ist, eine Lösung der aufgeworfenen Probleme zu finden. Entscheidend ist aber, daß die srilankanische Linke nicht einmal versucht hat, das Problem in Angriff zu nehmen. Diese Schwäche hat dazu geführt, daß die linken Parteien - wie die LSSP oder die CP - heute über keine nennenswerte Basis in den tamilischen Gebieten verfügen, trotz ihres Anspruchs, im Prinzip inselübergreifende nationale Parteien zu sein.

Um die augenblickliche Sackgasse, in der sich die Linke befindet, zu verstehen muß man einen Blick auf die früheren Phasen der linken Bewegung in Sri Lanka werfen und das Verhältnis zwischen Klassen- und ethnischen Faktoren sowie nationalistischer und sozialistischer Ideologie untersuchen.

Die linke Bewegung und der ethnische Faktor: Die frühe Phase

Wichtige Faktoren, die die Einstellung der Linken in dieser Phase bestimmten, waren die ethnische Zusammensetzung der Arbeiterklasse, die Klassennatur ihrer Führer sowie der Einfluß kleinbürgerlicher Ideologie.

Seit der Kolonialzeit, in der eine große Anzahl von Arbeitern aus Südindien für die Arbeit auf den Plantagen und in den Städten nach Sri Lanka geholt wurden, bestand die Arbeiterklasse des Landes immer zu einem großen Anteil aus Arbeitern indischer Herkunft. 1921 zählten die indischen Plantagenarbeiter und ihre Angehörigen 490 000; 47 000 zugewanderte Arbeiter mit ihren Angehörigen waren in anderen Sektoren zu verzeichnen. 1946 konnten dann insgesamt 780 000 Indien-Familien in Sri Lanka gezählt werden, die große Mehrheit davon waren Plantagenarbeiter und ihre Angehörigen. Diese Masse von Arbeitern stellte den Hauptanteil an der Arbeiterklasse der Insel. Das System der Arbeitskontrolle auf den Plantagen führte allerdings dazu, daß diese Arbeiter im Prinzip immobil waren und isoliert auf den Plantagen lebten. Sie blieben unorganisiert und waren bis in die späten 1930er Jahre nicht sonderlich politisch bewußt.

Außerdem gab es ab 1830 einen hohen Anteil von Indien-Tamilen und malayalischen Migranten (aus Kerala) in der städtischen Arbeiterschaft. Sie arbeiteten vornehmlich als ungelernte Arbeiter im Regierungsdienst: in den Häfen, bei den Eisenbahnen und in den städtischen Diensten; im privaten Sektor als Mühlenarbeiter, Gelegenheitsarbeiter und Hausangestellte. Um einige statistische Angaben zu machen: 1936 stellten Arbeiter indischer Herkunft (Tamilen und Malayalis) 26% der Arbeiter in allen Regierungsstellen, dieser Anteil sank in Folge der Repatri-

ierung auf 19% im Jahre 1939. Auch lokale Minderheitengruppen - Ceylontamilen, Moslems und Burgher - hatten beachtliche Anteile an der Arbeiterschaft.

Der hohe Anteil von Nicht-Sinhalesen an der Arbeiterklasse und die spezifische Form der Beschäftigung der Arbeiter hatte bestimmte Rückwirkungen auf die Arbeiterbewegung. Zum einen waren die Plantagenarbeiter keine Lohnarbeiter im klassischen Sinn, sondern verrichteten vielmehr eine Art Sklavenarbeit, gebunden in halb-feudale Ketten (die Bindung des Wohnorts an den Arbeitsplatz, die Abhängigkeit von den Plantagenaufsehern - 'kanganies' -, und ein spezifisches System von Naturalentlohnung, in dem die Arbeiter die Grundnahrungsmittel von den 'kanganies' kaufen mußten). Hinzu kam, daß diese Arbeiter bewußt isoliert von der städtischen Arbeit-

An ihrem Anfang mußte sich die linke Bewegung also mit einem ethnischen Faktor auseinandersetzen, der durch die besondere Art der ökonomischen Entwicklung, die wiederum eine spezielle Form der Arbeiterschaft produzierte, verkompliziert wurde. Da der größte Teil der Arbeiterklasse aus zugewanderten Arbeitern bestand, die durch das Plantagensystem isoliert gehalten wurden, mußte die Linke die grundsätzlichen Probleme, die diese Arbeiter betrafen, aufnehmen: das Recht auf Staatsbürgerschaft, auf Wahlrecht und auf Beschäftigung. Mit eben diesen Forderungen geriet sie aber in einen offensichtlichen Gegensatz zu den Interessen der einheimischen Bevölkerung. Sinhalesische Politiker und Gewerkschaftsführer wie A.E. Goonesinha scheuten sich nicht, in das chauvinistische Geschrei der 1920er und 1930er Jahre gegen die 'Fremdarbeiter' einzu-



Das klassische Proletariat in Sri Lanka: indisch-tamilische Plantagenarbeiter (Foto: Keller)

terschaft gehalten wurden, daß sie unter rigiden 'Sicherheitsbestimmungen' auf den Plantagen leben mußten und daß sie wenig mobil waren und fast keine Schulbildung erhielten. Die kolonialen Gesetze ahndeten das Betreten der Plantagen durch Nichtbefugte oder 'Außenseiter' als Vergehen, und indem die Teeplantagenbesitzer Kneipen und Tempel auf den Gütern errichten ließen, konnten sie die Arbeitskräfte unter ihrer unmittelbaren Kontrolle halten. - Unter derartigen Bedingungen war die gewerkschaftliche Organisierung der Plantagenarbeiter äußerst mühsam und mit großen Schwierigkeiten verbunden.

stimmen. Diese würden die Sinhalesen um ihre Beschäftigungschancen bringen, und wenn man ihnen das Recht auf Aufenthalt und Staatsbürgerschaft gäbe, würde dies politische Gefahren heraufbeschwören. Die sri-lankanische Linke fand sich in einem Dilemma wieder: sollte sie für die Belange einer hauptsächlich nicht-sinhalesischen Arbeiterklasse eintreten und damit ihren internationalistischen Prinzipien treu bleiben, oder sollte sie um Popularität bei den Massen 'buhlen', die vornehmlich sinhalesisch waren?

In ihrer ersten Phase entschied sich die Bewegung

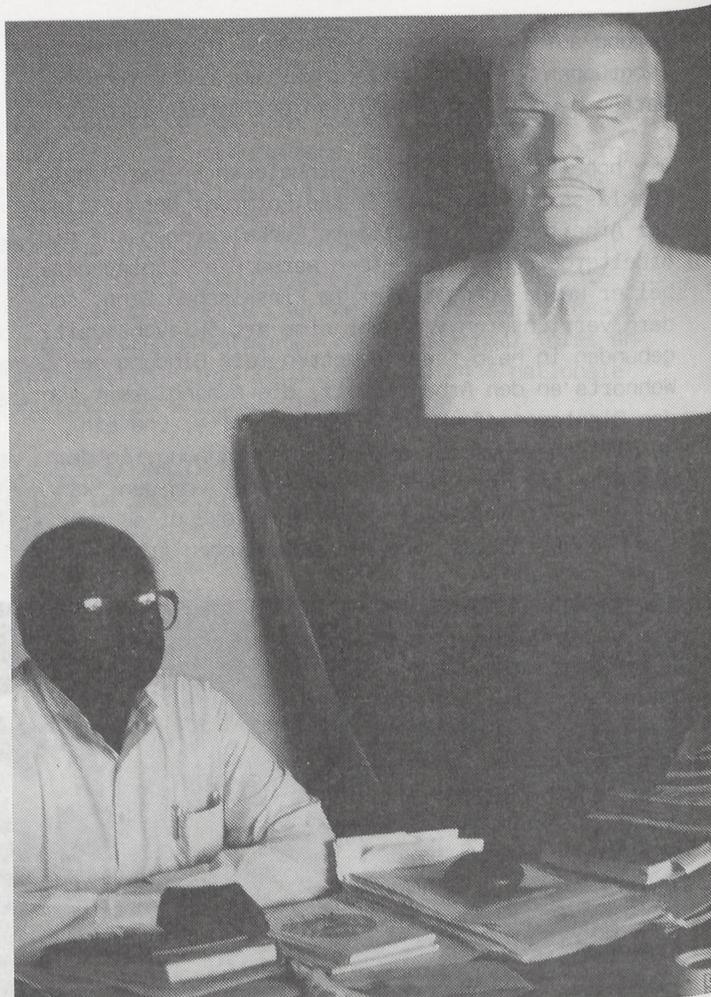
für die erste Option, und es gab in den 20 Jahren nach 1930 viele Kernfragen, in denen die Linke eine kompromißlose, nicht-chauvinistische, internationalistische Haltung einnahm.

Malayalische Arbeiter

In den 1930er Jahren mußte sich die linke Bewegung mit dem ersten organisierten Ausdruck von Rassismus auseinandersetzen, gerichtet gegen die malayalischen Mitglieder der Arbeiterklasse Colombos. Die ökonomische Depression hatte eine steigende Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt und zu verstärkten Ressentiments gegen die eingewanderten Arbeiter geführt. Diese wurden als unerwünschte Ausländer bezeichnet, die den sinhalesischen 'Söhnen des Landes' ungerechtfertigterweise die Arbeitsplätze, Handelschancen und sogar die Frauen wegnehmen würden. (Jayawardena 1985)

Diese schäbige Propaganda erreichte ihren Höhepunkt Mitte der 1930er Jahre, und die täglich erscheinende Zeitschrift 'Viraya' der 'Ceylon Labour Union' (unter Leitung von A.E. Goonesinha) befand sich in der vordersten Front dieser Kampagne: Sie bezeichnete die Malayalis abfällig als 'Kochiyas' und forderte ihre Deportation. Auch die Führer der LSSP, die sich offen für die Rechte der malayalischen Arbeiter eingesetzt hatten, wurden zur Zielscheibe der Angriffe Goonesinhas. Ihnen wurde Verrat, fehlender Patriotismus und Betrug an den Sinhalesen vorgeworfen. Ein anderer wichtiger Aspekt in der malayalischen Frage war die Verbindung zwischen den Kommunisten in Kerala und den 'Stalinisten', die 1940 aus der LSSP ausgeschlossen worden waren. Letztere Gruppe fand sich zunächst im 'Colombo Worker's Club' zusammen und gründete dann die 'United Socialist Party', bevor 1943 die 'Communist Party' entstand. Es kann angenommen werden, daß mehr als die Hälfte der gewerkschaftlichen Unterstützung für die Kommunisten in dieser Gründungsphase von malaischen städtischen Arbeitern und von malayalischen Toddy Tappern (Palmsaftzapfer) kam. Die 'All Ceylon Toddy Tappers Union' war eine der größten Gewerkschaften innerhalb der CP und führte auch die 'Ceylon Trade Union Federation' (CTUF) in den 1940er Jahren an.

Unter den lokalen Führern der Kommunisten befanden sich einige wichtige malayische politische Aktivistinnen, darunter K. Madhavan und P. Shankar; zudem brachte die CP eine Zeitschrift in malayischer Sprache heraus: 'Navashakti'. Das führte dazu, daß die CP von ihren Gegnern als 'Kochchi'-Partei abgestempelt, und ein führender militanter Gewerkschafter, M.G. Mendis, als 'Kochchi-Mendis' bezeichnet wurde. Während die Linke solchen Etikettierungen mit Verachtung begegnete, war es dennoch so, daß die LSSP und die CP in diesen Jahren als Parteien der Minderheiten wahrgenommen wurden – ein Faktor, der



K.P. de Silva von der Kommunistischen Partei Sri Lankas (CPSL). Foto: Keller

einigen Parteimitgliedern schon in den 1940er Jahren auffiel.

Indisch-tamilische Plantagenarbeiter

Die Linke wurde noch in einen anderen Kampf von Arbeitern, die einer Minderheit angehörten, verwickelt, nämlich in den der indisch-tamilischen Plantagenarbeiter für ökonomische Verbesserungen und politische Rechte (Wahlrechte). Die sinhalesische Bourgeoisie, unterstützt von Teilen der ceylontamilischen und moslemischen Bourgeoisie, führte eine Kampagne, um den Plantagenarbeitern das Wahlrecht sowohl auf kommunaler wie auf nationaler Ebene zu entziehen. 'Klasse' und 'ethnische Zugehörigkeit' waren demnach wichtige Faktoren in der Offensive, die sich auf den Entzug des Wahlrechts für diese Arbeiter richtete. Da die Bourgeoisie das Potential des Klassenbewußtseins dieser Arbeiter fürchtete, startete sie eine chauvinistische Schlammschlacht mit dem Argument, daß die Einwohner Kandys politisch 'im Morast versinken' würden, wenn man den indischen Tamilen Wahlrecht gewährte. Solche Argumente wurden auch 1928 vorgebracht, als die Donoughmore-Reformkommission vorschlug, allen indischen Tamilen, die in Sri-Lanka ansässig waren, das Wahlrecht zu geben. Auch 1936, als den Indien-Tamilen das kommunale

Wahlrecht entzogen wurde, und 1948, als sie durch drakonische Gesetze ihre Bürgerrechte verloren, tauchten derartige Argumentationen auf. Im letzteren Fall verbanden sich die Angst vor der 'indischen Bedrohung' und die Warnungen vor der 'roten Gefahr', weil die Meinung vorherrschte, die Plantagenarbeiter und ihre Repräsentanten seien mit den linken politischen Kräften verbündet. So stimmten nach den



Wahlen von 1947 die 7 Mitglieder des 'Ceylon Indian Congress', die ins Parlament gewählt worden waren, in entscheidenden Fragen mit den Linken, so zum Beispiel bei der Ablehnung der Rede des Gouverneurs und der abschließenden Wahlenthaltung im November 1947 und auch bei der Forderung nach Unabhängigkeit für das Land im Dezember 1947. Als dann im Parlament über die Staatsbürgergesetze abgestimmt wurde, stimmten alle linken Parteien dagegen, darunter die LSSP, die CP, die BLP, der 'Ceylon Indian Congress' und einige Unabhängige, so daß das Gesetz mit 32 Gegenstimmen bei 52 Pro-Stimmen angenommen wurde.

Manche Wissenschaftler meinen, daß mit den Gesetzen von 1948 generell ein Wendepunkt für linke Politik eintrat, weil die vom Wahlrecht ausgeschlossenen Plantagenarbeiter von da an kein Faktor in der politischen Auseinandersetzung mehr waren. So schrieb Colvin de Silva, Mitglied der LSSP, 1985 rückblickend: "Obwohl die Bewegung 'anti-indisch' war, war sie in erster Linie ein Schlag - und letztlich ein tödlicher Schlag - gegen die politische Bewegung der Arbeiterklasse. Der größte und zusammenhängendste Teil der Arbeiterklasse in Sri Lanka wurde aus dem politisch-parlamentarischen Prozeß abgezogen, und damit wurde der politischen

Bewegung der Arbeiterklasse jener Teil weggenommen, der eigentlich ihre Hauptwählerschaft darstellte. Dies war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Stärkung der sri-lankanischen Bourgeoisie gegen ihre tödlichen Widersacher: die Arbeiterklasse."

1948 waren die Plantagenarbeiter zum überwältigend großen Teil in Gewerkschaften organisiert. Diese waren auf den Plantagensektor beschränkt und ihre Führer kamen hauptsächlich aus der Gemeinschaft der Indien-Tamilen und nicht aus einer nationalen politischen Partei. Diese Tatsache trug zur Desillusionierung der Linken bei, die nun zu fühlen begann, daß diese Arbeiter eher für Führer votierten, die aus ihrer eng-begrenzten indisch-tamilischen Gemeinschaft stammten (communal leaders) als für eine politische, klassenbewußte, nationale Führungselite.

(Fortsetzung im nächsten "Südasiens")

Anzeige

Herausgegeben für
das Komitee
für Grundrechte
und Demokratie
und Medico-International
am
BERLINER
INSTITUT
FÜR
VERGLEICHENDE
SOZIALFORSCHUNG

FLUCHT UND ASYL

Berichte über Flüchtlingsgruppen

● Edition Parabolis

'Flucht und Asyl'
- Berichte über Flüchtlingsgruppen -
u.a. Sikhs/Indien; Tamilen/Sri Lanka; Das Weltflüchtlingsproblem; Flucht und Asyl in der Bundesrepublik Deutschland.

Bestellungen: Südasiensbüro
Preis: 14,-- DM (162 Seiten), bei 5 Exemplaren 60,--, bei 10 Exemplaren 100,--.